

# Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der E. Mecklen'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom), für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

№ 13

Neuenbürg, Dienstag den 18. Januar 1921.

79. Jahrgang.

## Verfaßtes.

Am 18. Januar.

Der Name bedeutet für uns Deutsche Erfüllung und Verlust, Größe und Ohnmacht, Glanz und Dunkel. Denn während sich am 18. Januar 1871, also jetzt vor 50 Jahren nach langer Zeit der Ohnmacht und des Ringens dort das neue Deutsche Reich zum Lichte hob, wurden eben dort jenem neuen Reich kaum fünf Jahrzehnte später Schmachtschleier angelegt, die nach für lange unferes Volkes Schritt hemmen, unsere Arme lähmen werden. — Wie es so kommen konnte? Fragen wir heute nicht danach; was geschehen sollte, ist ja nicht mehr zu ändern. Wohlvorhanden nicht mehr zu ändern hinsichtlich des nassen geschichtlichen Vorganges. Gerade das aber kränkt den Blick auf den Geist, den Inhalt von Verfaßtes von 1919; und dieser Inhalt, dieser Geist wieder jüngeren deutsche Betrachtung wieder in den Sinn jenes anderen, älteren, jenes bejahten und aufstrebenden Verfaßtes von 1871.

Wohl wir Frankreichs Deere damals zu Boden gerungen hatten? O nein. Das war ein Mißgeschick für Frankreich, wie es — am eigenen Leibe haben wir es ja erfahren — auch jedem anderen Volke begegnen kann; des Kriegsgottes Wurf ist ja wandelbar. Unwandelbar aber hat sich dagegen in dem seit damals vergangenen halben Jahrhundert ein anderes erwiesen: die Notwendigkeit des völligen Zusammenschlusses, die Tragfähigkeit des völkischen Gedankens. Denn was wären Deutschlands Stämme heute, nach jenem anderen Verfaßtes, wären sie nicht über 1870-71 Glieder des großen Reiches geworden? Gewiß; Weise werden sagen, das Verfaßtes von 1919 wäre nicht gekommen, wäre ihm nicht jenes andere von 1871 vorausgegangen. Das mag richtig sein; ebenso richtig ist aber auch, daß dann jenes andere nicht gekommen wäre, was zwischen 1871 und dem Weltkrieg lag; jener ungeheure Aufschwung, der dem großen Ganzen gleichmaßen wie den Gliedstaaten zugute kam und deutsches Wesen und deutsche Kraft, Deutschlands inneren Reichtum und Können so überragend vor die Welt treten ließ, daß es heute — trotz Verfaßtes von 1919 — noch eben so gefürchtet ist, wie ehedem; und daß andererseits Vernünftige längst erkannt haben, daß die Welt aus den Scherben des großen Krieges nie und nimmer herauskommen wird ohne Deutschlands Mitwirkung.

Das aber ist für uns als Deutsche das Große, das Kleinende, das ewig Verlebende des 18. Januar 1871. Das aus dem Kaiserreich inzwischen ein Volkstaat geworden, daß wir augenblicklich eines hoffenden Feindes Fuß im Rücken spüren, daß unsere Kolonien gerührt und unser Weltband zerstückt, unser Wirtschaftsleben gelähmt und unser Geistesleben gehemmt, unsere Wehr und unsere Flotte vernichtet sind; das war Werk von Menschenhänden, ist von Menschenhänden niedergeworfen und kann demgemäß von Menschenhand auch wieder aufgebaut werden. Alles das war nur Form und Gefäß und ging in Trümmer, weil am Ambos der große Schmied, dem Schiff der zielbewußte, überlegene Steuermann und so letzten Endes, als es um Sein oder Nichtsein dem Körper der gewaltige Geist, die hingebende große Seele mangelte.

Werden diese Dinge, die uns trotz unserer Größe in der entscheidenden Stunde mißlingen, uns über unserer derzeitigen Ohnmacht wieder zittern werden?

Das es so sein möge — das sei unseres Gedankens am 18. Januar Sinn, unseres ganzen Denkens und Fühlens letztes Gebot; weg mit dem Gefühl dumpfer Verzweiflung und kumpfer Gleichgültigkeit; hinweg das Kleinliche, Trennende und Hemmende und an seiner Stelle aufgerichtet deutschen Geist und Jückerheit, den Glauben an Ideale und solche Ideale. Gelingt uns diese Umwertung von Verlorenem und Kranken in Gutes, Großes und Heiliges, wird uns der Glaube an Deutschland und Reich aus einem Scheinbegriff zum höchsten Sinnbegriff, dann — war das Verfaßtes von 1919 schmerzliche Entfaltung, indessen und das Verfaßtes vom 18. Januar 1871 werden darf und soll Vorläufer eines vielleicht noch größeren, noch sonnigeren völkischen Wiederaufstehens!

## Deutschland.

Berlin, 16. Jan. Hier ist eine preussische Königsparthei gegründet worden. Der Name Partei ist aus zwingenden organisatorischen Gründen und im Hinblick auf ähnliche Bewegungen anderer Bundesstaaten gewählt worden. Die preussische Königsparthei wird selbst eine parteipolitische oder parlamentarische Tätigkeit ausüben. Die Propagierung des Königsgebändens soll dem parteipolitischen Kampf entzogen werden. — Die Polen ziehen an der oberösterreichischen Grenze immer stärkere Truppenmassen zusammen.

## Polnische Propaganda in Süddeutschland.

München, 15. Jan. Wie amtlich mitgeteilt wird, ist in angrenzenden Kreisen schon lange bekannt, daß die Polen in Bayern eine recht umfangreiche Propaganda betreiben, um die hier lebenden abstimmberechtigten Oberösterreicher für Polen zu gewinnen. Die Zentrale für die Propaganda, die sich auf ganz Süddeutschland und die Rheinprovinz erstreckt, befindet sich in Landsberg. Ihr Leiter nennt sich Ruchowski. Auch in München besteht ein Agitationskomitee, dessen Tätigkeit aber von den Vereinigten Verbänden heimattreuer Oberösterreicher nach Kräften überwacht wird.

## Eine Spaltung.

Zwischen der Arbeitsgemeinschaft freier Angestellten-

bände (Afa) und dem ihr angeschlossenen Deutschen Werkmeisterverband mit dem Sitz in Düsseldorf schweben Differenzen, weil der Werkmeisterverband die von der Afa angestrebte sozialistische Wirtschaftsform ablehnt und bis zur Abänderung der Richtungen in der Afa die Verbandsbeiträge gesperrt hat. Der Vorstand des Werkmeisterverbandes hat die Teilnahme an einer zum Zweck der Verständigung für den 22. Januar einberufenen Vertreterkonferenz der Afa abgelehnt und seine weitere Mitarbeit eingestellt. Wie verlautet, wollen sich weitere Verbände dem Vorgehen des Deutschen Werkmeisterverbandes anschließen.

## Die Erhöhung der Teuerungszuschläge.

Berlin, 17. Jan. Nach eingehenden Beratungen haben die Vertreter der Bundesstaaten beschlossen, dem Ergebnis der Verhandlungen mit den Beamten über die neue Erhöhung der Teuerungszuschläge trotz krasser Bedenken zuzustimmen, allerdings nur unter der Bedingung, daß die letzte Erhöhung die Grenze ist, über die nicht hinausgegangen wird und die Deckung der neuen Ausgaben durch den Ertrag neuer Steuern erfolgt. Bis zu ihrer Bewilligung habe das Reich die Rechtskosten zu erstatten.

## Die Arbeiten des Reichstags.

Auf der Tagesordnung der nächsten Reichstagsitzung am 19. Januar, nachmittags 2 Uhr stehen 17 Punkte, außerdem liegen 36 Ausschussberichte vor. Ferner sind alle vorliegenden Interpellationen (Belagerungszustand in Bayern, Beziehungen zu Ausland, Einbringung des Jugendwohlfahrtsgesetzes, Streitrecht der Beamten, Notlage des Handwerks, Kleinhandel und Kleingewerbe, Notenwechsel mit der Entente) auf die Tagesordnung gesetzt worden. Man nimmt an, daß am ersten Sitzungstage nur einige kleinere Vorlagen an die zuständigen Ausschüsse verwiesen und dann die bairische und die russische Frage behandelt werden wird. Der Reichsausschuss tritt vor der Vollziehung zusammen, die Fraktionen vorher. — Der Hauptausschuss des Reichstages bewilligte nach längerer Debatte 1250 Millionen für Zwecke des völkischen Schutzes, 36 Millionen zur Unterhaltung der Landesgrenzpolizei Ost und Nord, ferner 50 Millionen für den Reichswasserbau und 500 000 Mark für die Durchführung der Filmprüfung.

Deutsch-amerikanisches Hilfswerk für die deutschen Studenten. Eine außerordentlich große Spende des New-Damen-Relief-Comitee für die Auslandsabteilung des Deutschen Roten Kreuzes in Berlin für die deutschen Universitäten im Reich und in Oesterreich zugegangen. Der Betrag von 270 000 Mk. soll entsprechend der Widmung zu je 10 000 Mark den Universitäten: Königsberg, Greifswald, Rostock, Kiel, Berlin, Breslau, Bonn, Halle, Göttingen, Gießen, München, Köln, Frankfurt, Bonn, Jena, Freiburg i. Br., Würzburg, Erlangen, Münster, Tübingen, Wien, Graz, Innsbruck zur Verfügung gestellt werden.

## Die Lieferungen an die Entente.

Berlin, 17. Jan. Die Reichsregierung wird der Wiedergutmachungskommission eine genaue Aufstellung der diesjährigen Leistungen, die nach dem Verfallter Vertrag und allen anderen Abkommen in Betracht kommen, zugehen lassen. Die Lieferungen teilt die Leistungen in drei Klassen ein. Unter den ersten beiden befinden sich die Lieferungen von Eisenbahnmaterial, die Ablieferung der Handelsflotte, der Ueberseeabel, die Abgabe landwirtschaftlicher Maschinen, Farbstoffe, pharmazeutische Artikel, außerdem die Lieferung von Tieren aller Art. Diese Lieferungen sind nach dem von sachmännischer Seite aufgestellten Anrechnungsguts mit 18,5 Milliarden Goldmark berechnet. Weitere Milliardenziffern beziehen sich auf die für die Besatzungstruppen aufzuwendenden Gelder und ähnlichen Ausgaben, die bei der Leistung der ersten 20 Milliarden vertragsgemäß auf die Wiedergutmachungsleistungen angerechnet werden können. U. a. sind auch 6 Eisenbahnbrücken über den Rhein angeführt, die früher nicht zum Elaf gehörten, die aber mit abgetreten werden mußten.

## Der Berliner Liebsteck-Rummel.

Berlin, 16. Jan. Die von den Kommunisten in den Berliner Lustgärten einberufene Demonstration zum Gedächtnis an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg war im Gegensatz zu der letzten verregneten Kundgebung von gutem Wetter begünstigt und infolgedessen von mindestens 20 000 Teilnehmern besucht. Schon in den Mittagstunden hatte Schuppelpolizei die weitestgehenden Vorkehrungen getroffen und die Stammelle des Reichstages durch Postenketten abgesperrt. Die Truppen waren durch Fernsprecheinrichtungen mit den Hauptwachen verbunden. Von verschiedenen Stellen sprachen im Lustgarten mehrere Redner gleichzeitig über das übliche Thema der Völkervereinigung und Sowjetrußland. An den Straßenecken wurden Geldsammlungen für die internierten Rotgardisten vorgenommen. Nach Abgängen von Arbeiterweisen setzte sich ein großer Zug unter wohlwolliger Wirkung des Reichstagsbannkreises nach dem Osten der Stadt in Bewegung. Man sah im Zuge reichlich verteilte rote Banner mit blutroten Aufschriften, auf denen als Schmund der Sowjetrußland vorherrschte. Ein fleischer Zug mit größtenteils jugendlichen Teilnehmern durchbrach an der Charlottenstraße die Postenkette der Schuppelpolizei und zog die Straße Unter den Linden entlang. Wüßlich fielen von der Polizeiwache am Brandenburger Tor einige Schüsse, durch die ein Demonstrant schwer und einige leicht verletzt wurden. Nach Abspernung des Platzes am Brandenburger Tor war die Straße wiederhergestellt.

## Kunzeigenpreis

Die einpaltige Zeitungs- oder deren Blatte 00 f bei Auskunftsverteilung durch die Geschäftsstelle 45 f extra. Restante-Beile A. 1.34 bei größeren Aufträgen entsprechend. Rabatt, bei i Halle des Wapenverfaher unbillig nich.

Schluss der Anzeige-Annahme tagüber. Fernsprecher Nr. 4. Für teile. Anträge wird kleinerer Wapen überkommen.

## Aus Oberschlesien.

Kattowitz, 15. Jan. Nachdem die interalliierte Kommission endlich das Ueberführtenabkommen genehmigt hat, ist vorgehen auf einigen Gruben mit dem Einfahren von Ueberführten begonnen worden. Auf anderen Gruben, wo noch Meinungsverschiedenheiten bestehen, sollen im Laufe der nächsten Woche ebenfalls auf die ersten Ueberführten gemacht werden.

## Forderung auf Einschreiten der Entente-Kommission.

Kattowitz, 15. Jan. Die deutschen politischen Parteien haben der Interalliierten Kommission eine Eingabe überreicht. Sie erinnern daran, daß die Hohe Kommission bei Uebernahme der Regierungsgewalt am 11. Februar 1920 in Oberschlesien eine neue Aera der Freiheit und Gerechtigkeit angekündigt und versprochen hatten, gegen alle Unruhestifter rücksichtslos vorzugehen. Seit dieser feierlichen Proklamation habe aber die Unsicherheit in Oberschlesien einen bisher nie gekannten Umfang angenommen. Der friedlichen Bevölkerung wurden die Waffen genommen. Das Wandertum triumphiert über die friedliche Bevölkerung. Seit dem 1. September 1920 seien 55 000 Menschen im Abstimmungsgebiet ermordet worden. Die Grenze nach Polen, wo die Verbrecher Unterschlupf suchen, sei offen und unbewacht. Die Zustände seien eine Verhöhnung der Staatsautorität, die in den Händen der Kommission liegt.

Weiter hebt die Eingabe hervor, daß die Kommission über 15 000 Mann Truppen, über 5500 Abstimmungspolizei, und in der Landarmee und Planes Polizei mindestens über 100 000 Mann verfüge, mehr als ein Siebentel der Truppen des ganzen Deutschen Reiches. Die Interalliierte Kommission habe daher die Möglichkeit und es sei ihre Pflicht, diesen Zuständen ein Ende zu machen.

## Die oberösterreichische Industrie und Deutschland.

Leoben, 17. Jan. Zu der Umfrage der interalliierten Kommission bei der oberösterreichischen Industrie verlautet, daß sämtliche Antworten sich inhaltlich decken und in das Urteil ausfallen, daß eine vollständige Oberschlesien aus dem deutschen Wirtschaftsgebiet das Todesurteil für die oberösterreichische Industrie in allen ihren Teilen für lange Zeit bedeutet. Die ganze Industrie sei wirtschaftlich und finanziell auf Deutschland angewiesen. Es gebe nur einen Weg, um ihren Unterhalt aufzubehalten und das sei, Oberschlesien weiter in einer Verbindung mit dem deutschen Zoll- und Wirtschaftsgebiet zu belassen.

## Die Wut Korsantys.

Leoben, 17. Jan. Korsanty veröffentlichte gestern Erklärungen, die sich mit der deutschen Note über die polnischen Auffstandsbedingungen befaßt. Die Erklärung zeichnet sich dadurch aus, daß sie von Beschuldigungen gegen die deutsche Regierung und das Deutsche Reich frey und verächtlich, die Wiltung der deutschen Note ins Gegenteil abzuwenden. Korsanty schreibt, daß die Deutschen versuchen, das polnische Volk bis aufs Blut zu reizen damit dieses sich zu besonderen Taten hinreißen lasse, um ihren Gegnern, das heißt den Deutschen, den Vorwand zu blutigen Kämpfen und zur Hintertreibung der Volksabstimmung zu geben. Korsanty erklärt, daß die angeblichen Beweisdokumente gefälscht sind und fordert die deutsche Regierung auf, die Originale der Vorkonferenz auszuhändigen, damit sie einer objektiven Prüfung unterzogen werden können. Auch die polnische Regierung müsse auf Vorlegung der Originaldokumente bestehen. Hierzu erfahren wir von unabhängiger Seite, daß die Dokumente echt sind und daß man selbstverständlich bereit ist, die Originale den Vertretern der interalliierten Mächte vorzulegen.

## Verchiebung des Abstimmungsstermins?

Cyprus, 17. Jan. Wie in interalliierten Kreisen verlautet, trägt man sich mit dem Gedanken, dem Wunsch des oberösterreichischen Volkes nach Verlängerung der Frist des Abstimmungsreglements nachzukommen, da man interalliiertseits eingesehen habe, daß ein ordnungsgemäßes Eintragen und die Beschaffung von Papieren der Abstimmungsberechtigten zu der im ursprünglichen Reglement vorgesehenen Frist technisch unmöglich ist.

## Ausland.

Luzernburg, 17. Jan. Nach hiesigen Blättermeldungen konnte in Paris die Kohlenarte abgeschafft werden, d. h. mit anderen Worten, Paris hat wieder reichlich Kohle.

Kottorban, 17. Jan. Englische Junkfräuche verbreiten die Nachricht, deutsche Erfinder hätten einen neuen Kriegswunderboottyp erfunden, der die ganze Seekriegsführung der Zukunft revolutionieren müßte. Der Hood dieser Meldung ist im Hinblick auf die akute Entwaffnungstrage sehr leicht zu erkennen.

London, 17. Jan. Aus Mailand wird den „Daily News“ gemeldet, daß Delegierte Deutsch-Oesterreichs, Ungarns und Bulgariens am Mittwoch einer Versammlung der italienischen Sektion der Union der Gesellschaften für den Völkerebund beiwohnten. Die Vertreter erklärten förmlich, daß die Bestimmungen des Vertrags von Versailles undurchführbar seien.

Athen, 17. Jan. Das frühere Organ der wenigstlichen Partei „Patrios“ veröffentlicht einen Brief Benzelos aus Nizza, in dem seine bestimmte Absicht zum Ausdruck gebracht wird, sich gänzlich aus dem politischen Leben zurückzuziehen.

Newyork, 17. Jan. Die „International Mercantile Marine“ kündigt an, daß sie in Danburg zur ausführenden Verwaltung durch Schiffe unter amerikanischer Flagge Betrieb





Wald mit einer Kammfläche von etwa 4 Morgen errichtet

Washington, 17. Jan. Präsident Wilson hat das Dekret

Italiens Handelsfreiheit.

Rom, 17. Jan. Der römische „Tempo“ schreibt in seinem

Entscheidung über die Großkampfschiffe.

London, 17. Jan. Der parlamentarisch Berichtshatter

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Reuenburg, 17. Jan. (Vom Versorgungsamt Calw.)

Reuenburg, 18. Jan. Ueber Nacht ist Tauwetter und

Vom oberen Ortstal, 17. Jan. Nur noch wenige Stunden

Reuenburg, 18. Jan. Ueber Nacht ist Tauwetter und

Ein Frühlingstraum.

Ein Erzählung aus dem Leben von Fr. Lehner.

und erstritten, und als sichtbares Zeichen, daß wir von jetzt an

Württemberg.

Stuttgart, 17. Jan. (Eine gemeine Hebe.) Vielfach,

Stuttgart, 17. Jan. (Die Sammlungen für die innere

Stadtheim O. A. Brackenheim, 17. Jan. (Wahnsinnige

Oberdorf, 16. Jan. (Eierfäuder.) 12 Bauern von

Ulm, 17. Jan. (Die Reichsgründungsfeier. — Der den

Vaden.

Föhrenbach, 16. Jan. Ein angeblich aus Stuttgart

St. Georgen (Schwarzwald), 16. Jan. Die Gemeinde plant

Staufen, 14. Jan. Daß die fabelhaften Holzpreise der

Vermischtes.

Remmingsen, 17. Jan. Das Volksgesetz hat den 17

Eine Eisenbahnkatastrophe auf der Moskau-Biadauer Bahn.

Aus Delsingfors wird geschrieben: Erst jetzt werden hier

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 17. Jan. In der im Stuttgarter Siegle

Stuttgart, 17. Jan. Der Landesvorstand der so

Ludwigshafen, 17. Jan. Nach Berichten der Landes

Berlin, 17. Jan. Der Hauptausschuß des Reichstags

Berlin, 17. Jan. Die Tagung der Reichskonferenz

Niedlingen, 14. Jan. Todesfall. In der

Vaben.

Esraheim, 15. Jan. In der

Esraheim, 14. Jan. Wegen

Langenlo, 12. Jan. Gestern

Gröbenberg, 14. Jan. Der früher

Vermischtes.

Unflinige Preistreiber. Eine

gibt man ganz die Zeit. Ueberdies muß ich morgen früh

Der Beginn des heutigen Sommer







**Verfügung des Ministeriums des Innern, betreffend die Viehsteuermulage für das Jahr 1921.**

Zum Vollzug der auf Grund der Art. 9-11 des Ausführungsgesetzes zum Viehsteuergesetz vom 8. Juli 1920, (Reg. Bl. S. 279) für das Rechnungsjahr 1921 zu erhebenden Viehsteuermulage wird an Stelle der §§ 349 und 350 der Verfügung des Ministeriums des Innern, betreffend Ausführungsvorschriften zum Viehsteuergesetz vom 11. Juli 1912 (Reg. Bl. S. 293) folgendes bestimmt:

1. Von jedem Stück Rindvieh ist ein Beitrag von 100 M zu entrichten.
2. Für die Verpflichtung zur Leistung der Beiträge ist die Aufnahme der Rindviehbestände bei der Viehzählung am 1. Dez. 1920 maßgebend. Demnach sind auf Grund der Ortslisten der Viehzählung besondere Umlageverzeichnisse anzufertigen, wobei zu beachten ist, daß in sie diejenigen Tiere nicht aufzunehmen sind, für die nach Art. 9 Abs. 3 des Ausführungsgesetzes keine Beiträge erhoben werden. Die Verzeichnisse müssen bis 25. Jan. 1921 fertiggestellt sein und sind spätestens von diesem Tage einschließlich am 10. Tage lang auf dem Rathaus zur Einsichtnahme durch die Rindviehbefitzer aufzulegen. Innerhalb der zehntägigen Frist können:
  - a) gegen die Einträge in den Verzeichnissen von den beteiligten Rindviehbefitzern bei dem Ortsvorsteher Einwendungen vorgebracht werden,
  - b) von Rindviehbefitzern, für welche die sofortige Einrichtung des ganzen Beitrags mit besonderen Gütern verbunden wäre, beim Ortsvorsteher Anträge auf Stundung der zweiten Hälfte ihres Beitrags bis 30. September 1921 gestellt werden.
3. Die Auflegung der Umlageverzeichnisse ist unter Angabe vom Beginn und Ende der Auflegungsfrist und unter Hinweisung auf die Zulässigkeit der in Ziff. 2 a und b bezeichneten Einwendungen und Stundungsanträge öffentlich bekanntzugeben. In der Bekanntmachung ist ausdrücklich zu erwähnen:
  - a) daß bei der Viehsteuermulage die Viehzählung vom 1. Dezember 1920 zu Grunde gelegt wird und daß Einwendungen in Beziehung auf in der Zwischenzeit eingetretene Veränderungen in der Kopfzahl der Rindviehbestände berücksichtigt werden, wenn der Befitzer sie innerhalb der zehntägigen Auflegungsfrist erhebt und glaubhaft nachweisen kann, daß sein Rindviehbestand seit der Zählung sich verringert hat, ohne daß Erfahrene eingestellt wurden;
  - b) daß Einwendungen und Anträge auf Stundung der zweiten Beitragshälfte, die nach Ablauf der Auflegungsfrist angebracht werden, keine Berücksichtigung finden.
4. Ueber Einwendungen gegen die Einträge in den Umlageverzeichnissen hat der Ortsvorsteher binnen einer Woche, also spätestens bis 10. Februar 1921 zu entscheiden. Beschwerden über den Bescheid des Ortsvorstehers sind beim Oberamt anzubringen (vgl. im übrigen Art. 10 Abs. 2 des Ausführungsgesetzes).
5. Ueber Anträge auf Stundung der zweiten Hälfte der Beiträge hat sich der Ortsvorsteher in einem Verzeichnis, in das sie in der Reihenfolge ihrer Anbringung mit Datumsangabe aufzunehmen sind, unter Vorlegung der Vermögens-, Einkommens- und Familienverhältnisse des Antragstellers sowie besonderer Schäden, die dieser oder seine Familie infolge des Kriegs oder der Maul- und Klauenseuche erlitten hat, zu äußern. Das Verzeichnis ist bis spätestens 10. Februar 1921 dem Oberamt (in Stuttgart der Stadtdirektion) vorzulegen, das über die Anträge endgültig entscheidet und das Verzeichnis nach Eintragung seiner Entscheidungen den Gemeinden bis spätestens 26. Februar 1921 zurückgibt.
6. Bis spätestens 15. Februar 1921 ist von den Gemeinden nach vorgängiger Prüfung und Beurkundung des Umlageverzeichnisses dem Oberamt (in Stuttgart der Stadtdirektion) die Zahl der Rindviehstücke, für die Beiträge zu entrichten sind, und der Gesamtbetrag der von den Besitzern zu entrichtenden Beiträge anzugeben; Beiträge, über die ein Beschwerdeverfahren schwebt (Ziff. 4 Satz 2), sind anmerkungswise anzuführen. Das Oberamt hat eine Zusammenstellung nach den Gemeinden des Bezirks, in der auch die Gesamtbeträge der in den einzelnen Gemeinden gestundeten Beiträge anzugeben sind, zu fertigen und der Zentralkasse der Viehbesitzer bis spätestens 7. März 1921 mitzuteilen.
7. Die Belohnung der Gemeinden für die Umlage und den Einzug der zu erhebenden Beiträge und deren Ablieferung an die Zentralkasse der Viehbesitzer wird auf 30 Pfg. von jedem Stück Rindvieh festgesetzt. Die Vordrucke für die Umlageverzeichnisse (Ziff. 2) für die Bekanntmachung über die Auflegung derselben (Ziff. 3), für die Verzeichnisse der Stundungsanträge (Ziff. 5) und für die Anzeige des Umlageergebnisses an das Oberamt (Ziff. 6) werden von der Zentralkasse geliefert. Ebenso trägt die Zentralkasse die sämtlichen durch die Einlieferung der erhobenen Beiträge entstehenden Brief- und Postgebühren.
8. Die nicht bestrittenen oder gestundeten Umlagebeträge sind ohne Verzugs von der Gemeinde einzuziehen und nach Abzug der Einbringungs- und Postgebühren (Ziff. 7) an die Zentralkasse der Viehbesitzer in Stuttgart abzuliefern. Die Ablieferung hat in der Weise zu erfolgen, daß, sobald die eingezogenen Beiträge die Summe von 5000 M. in größeren Gemeinden von 10 000 M. erreichen, jeweils die aufgelaufene Summe sofort entweder bargeldlos auf das Girokonto Nr. 11 300 der Zentralkasse der Viehbesitzer bei der Städtischen Sparkasse in Stuttgart oder auf deren Konto Nr. 22 650 beim Postsparkassendirektor in Stuttgart überwiesen oder mittels Zahlkarte auf letztgenanntes Konto eingezahlt wird. Bargeldsendungen an die Zentralkasse der Viehbesitzer

oder die Ministerialkasse des Innern sind zu unterlassen. Der Posteinlieferungsschein gilt als Rechnungsbeleg, falls der Empfänger und der überweisene oder eingezahlte Betrag auf ihm angegeben sind.

9. Die von den Viehbesitzern erhobenen Beiträge sind in den Rechnungen der Gemeindepfleger zu verrechnen.
10. Den Oberämtern gehen Sonderdrucke dieser Verfügung zur sofortigen Hinausgabe an die Gemeindebehörden zu.

Stuttgart, den 7. Januar 1921.

Graf.

**Verlaufen**

hat sich ein deutscher Schäferhund, rot mit schwarzer Maske, sachdienliche Mitteilung an Karl Bozenhard, Baugeschäft, Vor Ankauf wird gewarnt!

**Oberamtsstadt Neuenbürg Sitzung d. Gemeindevorstandes am Dienstag, 18. Jan. 1921, abends 6 Uhr.**

- Tagesordnung:
1. Vorschlag der Stadtpfleger für 1920.
  2. Sonstiges.

Stadtschultheiß Knobloch, Döfen.

**Zugelaufer**

ist mit ein schwarzbrauner, zweifelhafter Schäferhund; derselbe kann sofort gegen Roloff Erbsch abgeholt werden.

Georg Rapp, Döfen.

**Wohnung**

in Herrenalb, 4-6 Räume mit Zubehör sofort oder für 1. Febr. fertig. Angebote unter Nr. 245 die Engländergeschäftsstelle.

Conweiler, 1 Paar starke Lansen Schweine hat zu verkaufen.

Fr. Schöndhaler, beim Waldhorn.

Conweiler, den 13. Januar 1921.

**Danksagung.**

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die wir während der langen Krankheit und beim Hinscheiden unserer lieben Gattin, Mutter, Grossmutter und Schwägerin

**Karoline Jäck,**  
geb. Zeltmann,

erfahren durften, sagen herzlichen Dank

im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Der Gatte: Ludwig Jäck V,  
mit seinen Söhnen und Töchtern.

**Für Brantleute!**

Ein Paar 3teilige Seegrasmatratzen mit Wollauflage, einfarbig grau, ein Paar dreiteilige Seegrasmatratzen mit Wollaufl., grau-weiß gestreift, ein Paar Wollmatratzen, rot, ein Paar Wollmatratzen mit Haar, Jacquard-Drill, ein Paar Koffhaar-Matratzen, Jacquard-Drill, hat sehr preiswert zu verkaufen

**Cobias Zundel,** Sattlermeister, Dillstein.

Ronalam O.H. Calw. Unterzeichneter setzt ein schönes, jähriges

**Zucht-Rind**

(Gelbschwarz), sowie eine schwere, trüchtige, rot-schwarze **Antz. u. Schaffhuh** dem Verkauf aus.

**Friedrich Rieginger.**

**Neuenbürg. Ein Paar fast neue Herren-Schnurstiefel,**

Größe 42, sind zu verkaufen. **Brunnenstraße 286** Oberniedelsbach.

Ein schönes **Mutter-Schwein**

hat zu verkaufen.

**Friedrich Ott, Witwe.**

**Feldreua. Ein jähriges Rind**

hat zu verkaufen.

**Ernst Schöndhaler, Maler.**

**Fussballverein Neuenbürg (eingetr. Verein).**

Am Freitag, den 21. ds. Mts., um 7/8 Uhr, findet im Saale des Gasthauses „Bären“ eine

**außerordentl. Generalversammlung**

statt.

- 1) Neuwahlen,
- 2) Sonstiges.

Der Wichtigkeit wegen verlangen wir von unsern Mitgliedern vollzähliges Erscheinen. Anfangspunkt 7/8 Uhr.

**Der Ausschuss.**

Den verehrlichen Einwohnern von Herrenalb u. Umgebung zur gefl. Kenntnisnahme, daß

**Hr. Malermeister Frommer in Herrenalb**

auch dieses Jahr wieder den Verkauf meiner Sämereien etc. übernommen hat und bitte um geneigten Zuspruch

**Carl Gantner,** Handelsgärtner, Baumschulen und Samenhandlung Schwann.

Der Unterzeichnete hat vom Dienstag, den 18. Jan. 1921 einen frischen Transport erstklassiger, junger

**Arbeits-Pferde,**

mittleren u. schweren Schlag sowie zwei junge

**Lugus-Pferde,**

sehr flotte Gänger, in seiner Stallung stehen und ladet Käufer, evtl. Tauschliebhaber, höf. ein

**Paul Nonnenmann,** Pferdehandlung.

**Hirsau, Telefon Calw 24.**

**Empfehle für Straßen- und Wegebauarbeiten**

**Walz, Flid, Fein-Schotter, Gehweg-Mauer-Steine, Beton-Mies, Mauer-Sa**

**anerkannt Ia. Muschelkalk.**

**Theodor Straub, Schotterwerk, Enzberg**

**Telefon Nr. 10.**

**Ein vorzügliches Hühneraugenmittel**

ist „CornUA“. Echtheit in den Freiregionen. W. Krayer, Neuenbürg u. August Walther, Herren

**Sezugspreis:** Vierteljahr 1.25 in Neuenbürg 1.25. Durch die Woll im Preis- und Oberamt-Bericht sowie im sonstigen Inhalt. Berichter 1.18.00 u. Postgeb. 2.12. Zu allen von diesem Bericht, heißt sein Maßstab auf die Höhe der Zeitung oder auf die Höhe des Bezugspreises. Bestellungen nehmen alle Poststellen, in Neuenbürg außerdem die Ausdrücker jederzeit entgegen.

Girokonto Nr. 24 bei der Oberamts-Sparkasse Neuenbürg.

**Nr 14**

**Deutschland**

**Bandau, 17. Jan.** Die Stadt hat 5 Säle in einer Knabenstraße darin eine französische Schule eingerichtet. Dresden, 18. Jan. Die Vertreter der Reichsregierung und die Mitglieder der Reichsversammlung sind in Dresden zur Beratung der Wassertrahnen auf das Vorläufige Abgeschlossen gefunden. Die Einigung erzielt worden. Die Delegation der Reichsversammlung, wonach am 1. April 1921 auf das Reich gesichert angesehen werden.

**Berlin, 18. Jan.** Voraussichtlich am Freitag, den 22. d. Mts., wird der Reichstag die Verhandlungen über die Fortsetzung der Reichsregierung an die Reichsversammlung übergeben. Die Reichsversammlung wird am 1. April 1921 auf das Reich gesichert angesehen werden.

**Berlin, 18. Jan.** Voraussichtlich am Freitag, den 22. d. Mts., wird der Reichstag die Verhandlungen über die Fortsetzung der Reichsregierung an die Reichsversammlung übergeben. Die Reichsversammlung wird am 1. April 1921 auf das Reich gesichert angesehen werden.

**Berlin, 18. Jan.** Die durch den Reichstag beschlossene Reichsversammlung wird am 1. April 1921 auf das Reich gesichert angesehen werden.

**Berlin, 18. Jan.** Die durch den Reichstag beschlossene Reichsversammlung wird am 1. April 1921 auf das Reich gesichert angesehen werden.

**Berlin, 18. Jan.** Die durch den Reichstag beschlossene Reichsversammlung wird am 1. April 1921 auf das Reich gesichert angesehen werden.

**Berlin, 18. Jan.** Die durch den Reichstag beschlossene Reichsversammlung wird am 1. April 1921 auf das Reich gesichert angesehen werden.

**Berlin, 18. Jan.** Die durch den Reichstag beschlossene Reichsversammlung wird am 1. April 1921 auf das Reich gesichert angesehen werden.

**Berlin, 18. Jan.** Die durch den Reichstag beschlossene Reichsversammlung wird am 1. April 1921 auf das Reich gesichert angesehen werden.

**Berlin, 18. Jan.** Die durch den Reichstag beschlossene Reichsversammlung wird am 1. April 1921 auf das Reich gesichert angesehen werden.

**Berlin, 18. Jan.** Die durch den Reichstag beschlossene Reichsversammlung wird am 1. April 1921 auf das Reich gesichert angesehen werden.

**Berlin, 18. Jan.** Die durch den Reichstag beschlossene Reichsversammlung wird am 1. April 1921 auf das Reich gesichert angesehen werden.

**Berlin, 18. Jan.** Die durch den Reichstag beschlossene Reichsversammlung wird am 1. April 1921 auf das Reich gesichert angesehen werden.

**Berlin, 18. Jan.** Die durch den Reichstag beschlossene Reichsversammlung wird am 1. April 1921 auf das Reich gesichert angesehen werden.